

Geld & Markt

Sieht so
das Büro der
Zukunft aus?

In vielen Städten bricht der Einzelhandel weg und Unternehmen benötigen in Corona-Zeiten weniger Büroflächen. Immer mehr arbeiten zuhause. Was müssen Immobilienbesitzer tun, um ihre Mietflächen attraktiv zu halten?

VON **LOTHAR NEFF** | PFORZHEIM

Wie sieht das Büro der Zukunft aus? Andreas Spathelf und Sven Baade von Thost Projektmanagement haben dies beim virtuellen Gewerbeimmobilien-Dialog des städtischen Eigenbetriebs Wirtschaft und Stadtmarketing Pforzheim (WSP) skizziert. Die Firma Thost ist ein mittelständisches Familienunternehmen mit Hauptsitz in der Goldstadt und eigentlich für die Koordination von Großprojekten verantwortlich.

Die WSP hat laut Markus Epple, Geschäftsbereichsleiter Wirtschaftsförderung, in einer Umfrage bei regionalen Unternehmen erfahren, dass – bedingt durch die Corona-Pandemie – 82 Prozent Homeoffice einsetzen oder genutzt haben. Acht Prozent planen die Auslagerung von Büroaktivitäten. Gerade im Nordschwarzwald gibt es dabei Probleme, weil die Breitbandanbindung vielerorts noch Lücken aufweist. „Im Schwarzwald müssen einige Firmen manchmal noch Trom-

meln benutzen“, provoziert Epple bewusst. Die Nutzer des Homeoffice schätzen daran die Flexibilität (90 Prozent), die Nachhaltigkeit (72,7 Prozent) und die höhere Produktivität (54 Prozent). Gleichzeitig vermissen 72,7 Prozent der Befragten die persönliche Kommunikation. Ein Problem sei auch die mangelhafte technische Ausstattung vieler Wohnungen, die in Corona-Zeiten zu Büros umgenutzt werden.

Qualifizierte Telearbeit scheitert oft an der fehlenden Ergonomie der provisorischen Schreibtische. Auch der Betriebsrat habe ein Mitspracherecht bei der Gestaltung. Unklar sei auch noch die steuerliche Berücksichtigung eines Homeoffice.

Werden künftig tatsächlich weniger Büroflächen benötigt? Das war die zentrale Frage beim Gewerbeimmobilien-Dialog. Als Leiter des Competence Center für Bedarfsplanung erläuterte Baade die aktuellen Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt. Tatsächlich habe die Corona-Pandemie zu einer veränderten Gebäudenutzung geführt.

Durch die verschärften Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen wurden neue Wegeführungen erforderlich. Geteilte Treppenhäuser seien im Krisenfall von Vorteil. Die persönliche Belegung der einzelnen Räume wurde heruntergefahren. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Qualität der Büroflächen, die stärker für Meetings und gemeinsame Projekte (Kollaboration) genutzt würden.

Auch die Arbeitsforscher des Fraunhofer-Instituts bestätigen den Trend zum Homeoffice. 2300 Beschäftigte wurden befragt. Die Zufriedenheit sowohl von Teammitgliedern als auch von Führungskräften sei weiter gestiegen und liege nun bei 90 Prozent. Dies gilt für alle Branchen gleichermaßen, wobei die IT-Branche aufgrund ihrer Affinität zu digitalen Lösungen den höchsten Wert der Zufriedenheit aufweist. Es folgen die Finanzbranche und das produzierende und verarbeitende Gewerbe.

Auf die Frage „Was fehlt im Homeoffice?“ antworteten die Befrag-

ten: Der persönliche (85 Prozent) und fachliche Austausch (66 Prozent), Kaffeepausen und Mittagessen (65 Prozent) sowie gemeinsame Kreativ-Sessions (60 Prozent) werden vermisst. 80 Prozent wollen künftig zwischen einem und drei Tagen pro Woche zuhause arbeiten. Das bedeutet, dass sie künftig deutlich weniger im Büro sein werden. „Corona hat diesen Trend wie ein Brennglas verstärkt“, sagte Spathelf. „Obwohl plötzlich 75 Prozent der Beschäftigten in Homeoffice waren, hat das erstaunlich gut funktioniert.“

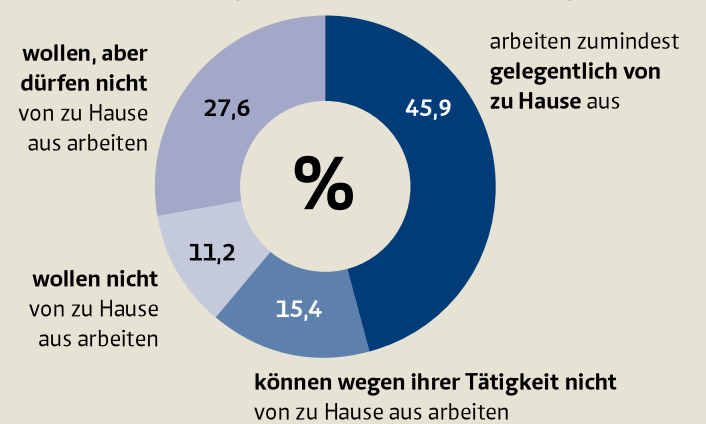
Allerdings werde dieser Zustand keine Dauerlösung sein: „Die meisten wollen auch weiterhin im Büro arbeiten, aber nicht jeden Tag.“ Und für bestimmte Projekte brauche man Teams. Und auch bei der Ausbildung gehe es nicht ohne persönliche Ansprache.



Chaos im Homeoffice: Viele Arbeitnehmer arbeiten in der Corona-Krise von zuhause – und wuppen Haushalt samt Kindererziehung.
ILLUSTRATION: STEFAN HILLER

Potenziale fürs Homeoffice

Anteil an den Bürobeschäftigten 2017/18, in Prozent (Werte gerundet)



QUELLE: DPA / INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Die Reimanns
sind die Reichsten

BERLIN. Mit einem geschätzten Vermögen von 32 Milliarden Euro ist die Unternehmerfamilie Reimann nach Berechnungen des „Manager Magazins“ die reichste in Deutschland. Das Vermögen der Reimanns sei allerdings innerhalb eines Jahres um drei Milliarden Euro geschmolzen, berichtete die Zeitschrift gestern. Die Reimanns halten Mehrheitsbeteiligungen an dem Mode- und Kosmetikkonzern Coty und dem Kaffeeproduzenten Jacobs Douwe Egberts. Coty kämpft seit einigen Jahren mit Umsatzschwäche und roten Zahlen. Auf Platz zwei der Rangliste der reichsten Deut-

schen steht der Lidl-Gründer Dieter Schwarz mit einem Vermögen von 30 Milliarden Euro. Als Drittplatzierte werden die Geschwister Susanne Klatten und Stefan Quandt genannt, die fast die Hälfte der BMW-Aktien besitzen. Ihr Vermögen sei als Folge der Corona-Krise um 1,5 Milliarden Euro auf 25 Milliarden Euro gesunken.

Die genannten Vermögen sind Schätzungen. Bewertungsgrundlage sind nach Angaben des „Manager Magazins“ Recherchen in Archiven und Registern. *dpa*

Nicht die feine schwedische Art

■ H&M hat sensible Daten von Mitarbeitern gesammelt. Nun muss die Kette 35 Millionen zahlen.

MARTIN FISCHER | HAMBURG

Der schwedische Moderiese Hennes & Mauritz (H&M) soll wegen Ausspähsens auch intimer Details von Mitarbeitern in Nürnberg ein Bußgeld in Höhe von 35,3 Millionen Euro zahlen. Mit der Überwachung von Hunderten Mitarbeitern des Servicecenters habe der Konzern gegen den Datenschutz verstoßen, begründete der Hamburgische Beauftragte für Daten-



Datenschützer sind über H&M entsetzt.
ARCHIVFOTO:HEIMKEN/DPA

schutz, Johannes Caspar, gestern den Erlass. Der Fall dokumentiere eine schwere Missachtung des Beschäftigtendatenschutzes: „Das verhängte Bußgeld ist dementsprechend in seiner Höhe angemessen und geeignet, Unternehmen von Verletzungen der Privat-

sphäre ihrer Beschäftigten abzuschrecken.“

Nach Angaben seines Sprechers ist es das bisher höchste in Deutschland verhängte Bußgeld nach Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung im Mai 2018 und das zweithöchste in Europa. Im vergangenen Jahr waren dem Internet-Riesen Google von Frankreichs Datenschutzbehörde 50 Millionen Euro Bußgeld aufgebremmt worden.

H&M hat nun zwei Wochen Zeit, Einspruch gegen die Entscheidung einzulegen. Die schwedische Konzernzentrale kündigte an, den Bescheid eingehend zu prüfen. Der Fall liegt in der Zu-

ständigkeit des Hamburgischen Beauftragten für den Datenschutz, weil das Unternehmen seine Deutschlandzentrale in der Hansestadt hat.

Bekanntgeworden war der Fall 2019. Laut Behörde wurden aber mindestens seit 2014 bei einem Teil der Beschäftigten Angaben zu ihren privaten Lebensumständen umfangreich erfasst und gespeichert. Nach Urlaubs- und Krankheitsabwesenheiten hätten Vorgesetzte einen „Welcome Back Talk“ geführt und anschließend in etlichen Fällen nicht nur konkrete Urlaubsergebnisse, sondern auch Krankheitssymptome und Diagnosen dokumentiert.

CORONA-FOLGEN

BMW will Rabatte
von Zulieferern

MÜNCHEN. BMW will bei einigen seiner Zulieferer nachträgliche Rabatte durchsetzen. Einem Bericht der „Wirtschaftswoche“ zufolge sollen sie ihre Preise für laufende Aufträge zum Jahreswechsel senken, im Schnitt um fünf Prozent. Eine BMW-Sprecherin sagte am gestrigen Donnerstag in München, der Autokonzern könne die Folgen der Corona-Krise nicht alleine bewältigen. *dpa*

BETRUG WEGEN KFZ-STEUER?

Staatsanwaltschaft ermittelt wegen
möglicher Porsche-Manipulationen

STUTTGART. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat mit Blick auf mögliche Abgas-Manipulationen des Sportwagenbauers Porsche auch bei Benzinfahrzeugen Ermittlungen aufgenommen. Man habe in der Sache ein Verfahren eingeleitet, sagte ein Sprecher der Strafverfolgungsbehörde gestern. Es bestehe der Verdacht, dass Käufer von Porsche-Autos über den tatsächlichen Verbrauch der erworbenen Fahr-

zeuge getäuscht worden seien, weil es zuvor bei der Zertifizierung der Autos zu Manipulationen gekommen sei. Dabei könne es auch „in mittelbarer Täterschaft“ zu Steuerhinterziehung gekommen sein. Hintergrund hierfür ist, dass die Höhe der Kfz-Steuer auch vom CO₂-Ausstoß eines Fahrzeugs abhängt. Wird dieser falsch ausgewiesen, wird in der Folge eine niedrigere Steuer berechnet. *dpa*

IM JULI EINGESCHLEPPT

Schweinepest
wütet schon länger

POTSDAM. Die Afrikanische Schweinepest ist in Brandenburg früher als gedacht eingeschleppt worden. Erste epidemiologische Untersuchungsergebnisse des Friedrich-Loeffler-Instituts haben nun bereits die erste Juli-Hälfte als Zeitraum ergeben. Zunächst sei am 10. September bundesweit der erste Verdachtsfall vom Nationalen Referenzlabor amtlich bestätigt worden, hieß es. *dpa*

NOT IN DER PANDEMIE

Noch immer melden sich in den USA
Hunderttausende arbeitslos

WASHINGTON. In der anhaltenden Corona-Pandemie in den USA haben erneut mehr als 800 000 Menschen einen Neuantrag auf Arbeitslosenhilfe gestellt. In der Woche bis zum 26. September lag die Zahl bei 837 000, wie das Arbeitsministerium in Washington gestern mitteilte. Das war ein Minus von 36 000 zur Vorwoche. Im August hatte es zum Teil noch mehr als eine Million Neuanträge pro

Woche gegeben. Die Neuanträge spiegeln die kurzfristige Entwicklung des Arbeitsmarkts in der weltgrößten Volkswirtschaft wider. Vor der Corona-Pandemie hatte die Zahl selten über 100 000 pro Woche gelegen. Die Arbeitslosenquote sank zuletzt von historisch hohen 10,2 Prozent auf 8,4 Prozent für August. Heute wird die Arbeitslosenquote für September veröffentlicht. *dpa*